

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verbandsdrill: Nachrichten Dresden.  
Bezugspreis: 25 241.  
Star für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark.  
Postbezugspreis für Monat April 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldmark.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: Die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Unzumutbare Anzeigen werden nicht angenommen.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Hotel Bellevue

Nachmittag-TEE mit Konzert.  
Mittag- und Abend-Tafel im  
Terrassen-Saal an der Elbe.  
Bekannte vornehme Tafelmusik.  
Festsäle mit Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend  
**Reunion**

## Dr. Marx Sammeltanditat der Linken.

### Entgültige Linksablenkung des Zentrums. — Die Unentschlossenheit der Bayerischen Volkspartei. Ein letzter fehlgeschlagener Einigungsversuch des Reichskanzlers Luther. — Das Schulgesetz im Reichstag.

#### Der Linksblock vollzogene Tatsache.

Berlin, 3. April. Wie mitgeteilt wird, fanden heute Abend zwischen den Beauftragten der Zentrumspartei, den der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Demokratischen Partei im Reichstage in Anwesenheit des Reichskanzlers a. D. Marx erneute Verhandlungen statt. Nach einem gründlichen Gedanken- und einer umfassenden Programmdebatte des Herrn Marx beschloßen sie ein **Einigung** — die deutschen demokratischen Vertreter unter Vorbehalt der Zustimmung ihres Parteivorstandes, der am Sonntag zum Austritt — Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx zur Wahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen.

#### Verhandlungen bei Dr. Luther.

Eine gescheiterte Sammelkandidatur Simons.  
(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 3. April. Die Verhandlungen über die Kandidaturen für den zweiten Wahlgang am 20. April haben sich heute bis zur Entscheidung zugespielt. Reichskanzler Dr. Luther hatte heute die Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Zentrums und der Demokraten im Reichstage zu einer Besprechung einladen. Der Reichskanzler hatte diese Beratung der Führer der bürgerlichen Parteien veranlaßt, um angesichts des weiteren Fortschreitens der Einigungsverhandlungen innerhalb der Weimarer Koalition noch in letzter Minute den Versuch einer Einigung der bürgerlichen Parteien für eine Sammelkandidatur zu machen.

Das Ergebnis der Aussprache, die am späten Nachmittag fortgesetzt wurde, war vorläufig rein negativ, denn das Zentrum gab die Erklärung ab, daß es die Kandidatur Marx proklamiert habe und nun davon nicht mehr abgehen könne.

Damit hat das Zentrum zu verstehen gegeben, daß es im zweiten Wahlgang Marx entweder als Kandidaten für die Weimarer Koalition zur Verfügung stellt oder an einer Sonderkandidatur Marx ohne jede Aussicht auf Erfolg festhält. Die Einigungsverhandlungen zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten sind inzwischen durch die Wahl Brauns zum preussischen Ministerpräsidenten erheblich gefördert worden. Das Zentrum hat damit eine der von den Sozialdemokraten gestellten Bedingungen erfüllt. Es hat sich bisher aber noch nicht zur Annahme der Forderung bereit erklärt, daß bei einer Wahl Dr. Marx

auch das Kabinett Luther zum Sturz gebracht werden muß.

Diese Forderung der Sozialdemokratie wird zwar vom Zentrum und auch von demokratischer Seite abgelehnt, hat aber tatsächlich in den Verhandlungen eine erhebliche Rolle gespielt. Ebenso hat sich das Zentrum noch nicht dazu verstehen können, die Kandidatur Marx als Parteikandidatur preiszugeben und Dr. Marx durch die Weimarer Koalition in ihrer Gesamtheit als Kandidaten aufstellen zu lassen, was die Sozialdemokratie fordert.

Der sozialdemokratische Parteivorstand kann die Zustimmung des heute wiederverammelten Reichsausschusses der Sozialdemokratischen Partei für Marx nur gewinnen, wenn nicht etwa der „Zentrum“-Kandidat Marx von Demokraten und Sozialdemokraten unterstützt wird, sondern Marx sich mit allen Kräfte für das Programm und die praktischen Richtlinien des Wahlkampfes für die Weimarer Koalition und damit in der Hauptsache für die Sozialdemokratie zur Verfügung stellt.

#### Das linksradikale Geschäft.

Die letzten Rebel haben sich zerteilt. Herr Braun ist zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt worden und wird diesmal sicher annehmen, weil er einen „höheren“ Zweck zu erfüllen hat, der darin besteht, daß die Sozialdemokratische Partei zum Dank für die in Preußen vom Zentrum geleistete Wahlhilfe ihre Wähler für Herrn Marx im Reich am 20. April zur Verfügung stellt. Das Geschäft ist also abgeschlossen und im ersten Teile erfüllt worden. Beim zweiten kommt es auf die nationale Wählerkraft der Rechten an, und nicht allein auf sie, sondern auch auf die einschüchternden Elemente der anderen bürgerlichen Parteien, die zu zeigen haben werden, ob sie gegenüber ihrer Partei blinden Kadavergehorsam zu betätigen oder selbständig nach ihrer patriotischen Überzeugung zu handeln gewillt sind. Die Rechtsparteien haben in solcher Lage eine riesengroße Verantwortung und werden einen Kampf zu führen haben, der an Schwere seinesgleichen sucht. Wägen sie ihn in Ehren und mit Erfolge bestehen, so daß das Vaterland keinen Schaden leiden kann! Die Gefahren in der inneren und äußeren Politik, die sich aus der Verwirklichung des linksradikalen Planes ergeben würden, wenn im Reich und in Preußen der Kurs wieder scharf links gelenkt und das nationale Kabinett Luther gestürzt würde, sind so groß, daß sie nicht zu schwarz gemalt werden können. Danach bemüht sich der

Die beim Reichskanzler abgegebene Erklärung des Zentrums, daß man unbedingt an der Kandidatur Marx festhalten müsse, zeigt, daß alle vom Zentrum erhobenen Vorwürfe, die bürgerliche Gesamtkandidatur sei vom Reichsblock verhindert worden, falsch sind. Ehe überhaupt nach dem ersten Wahlgang von dem Reichsblock eine inoffizielle Fühlungnahme mit dem Zentrum stattfinden konnte, hatte dieses bereits Marx proklamiert. Dabei wußte das Zentrum aber, daß Dr. Jarres persönlich niemals eine bürgerliche Gesamtkandidatur etwa an seiner Person hätte scheitern lassen. Diese selbstverständliche Einstellung von Dr. Jarres zur gesamt-politischen Entwicklung berührt natürlich nicht die Tatsache, daß

#### Dr. Jarres, der Kandidat des Reichsblocks für den zweiten Wahlgang bleiben werde.

Wie ergänzend berichtet wird, sind die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern auf eine Anregung des Abg. Leicht von der Bayerischen Volkspartei zurückzuführen. Zunächst waren nur die Parteien gebeten worden, die an den Besprechungen vor dem ersten Wahlbeginn beizuliegen der Kandidatur Gehör teilgenommen hatten. Es fehlten dabei mit den Volksischen und Kommunisten auch die Sozialdemokraten. Auf Wunsch des Zentrums und der Demokraten wurden aber auch die Sozialdemokraten zugezogen und es wurde in der am späten Nachmittag fortgesetzten Besprechung der Vorschlag gemacht, den jetzigen stellvertretenden Reichspräsidenten Simons als Sammelkandidaten aller dieser Parteien

aufzustellen. Es wurde von fast allen Seiten anerkannt, daß gegen die Persönlichkeit des Dr. Simons nichts einzuwenden sei, daß aber der Vorschlag zu spät komme, da die verschiedenen Parteien sich schon anderweitig gebunden hätten. Diese Meinung wurde vor allen Dingen von den Zentrumsvertretern zum Ausdruck gebracht. Der Vorschlag wurde darauf fallen gelassen.

Über die Konferenz bei dem Reichskanzler Dr. Luther wird uns noch mitgeteilt: Der Vorschlag, der sich auf den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons bezog, wurde in erster Linie in der Form gemacht, daß eine Wahl überhaupt nicht stattfinden und auf Grund eines verfassungswidrigen Initiationsgesetzes der Reichspräsident von allen Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten ernannt werden sollte. (Und das „souveräne Volk“ sollte auch dieses Mal wieder vor eine vollendete Tatsache gestellt werden!) Die (Schriftl.) für den Fall, daß dieses Verkehren von den Fraktionen abgelehnt würde, sollten sich alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten auf eine Sammelkandidatur Dr. Simons einigen.

Berlin, 3. April. Der Reichsblock wird nun in aller Kürze, höchstwahrscheinlich noch morgen, die ebenfalls endgültige Proklamierung von Dr. Jarres vornehmen. Die Entscheidung der Bayerischen Volkspartei wird gleichfalls in Kürze erfolgen. Sie wird sich, wie man aus ihren Kreisen erneut hört, weder nach rechts noch nach links stellen.

Nebenfalls hat sich heute wiederum gezeigt, welche eine für unser Vaterland geradezu verhängnisvolle Rolle die ganz und gar nach links eingeleitete Zentrumsführung spielt. Die schon auf dem politischen Rückzug befindliche Sozialdemokratie erweist zum abschlaggebenden Faktor gemacht zu haben, ihr für wichtige und entscheidende Wochen das Land Preußen in die Hand gespielt zu haben, das in das schmachtvolle Verdienst des Zentrums, ein Verdienst, aber das später die Geschichte mit harten Worten zu urteilen haben wird.

Grad von Energie, den die Rechtsparteien im Reich und in Preußen aufwenden müssen, um der Weimarer Koalition einen Strich durch die Rechnung zu machen. „Alle Mann auf die Schanze!“ muß nun die Losung sein.

Ganz wohl ist der Zentrumsleitung bei diesem Geschäft nicht. Das merkt man daraus, daß zum Schein, um das Gesicht zu wahren, noch Verhandlungen nach rechts hin geführt werden, und aus der Haltung der „Germania“, die dem parteipolitischen Geschäftsabstand zwischen christlicher Weltanschauung und internationalistischem Atheismus ein moralisches Mantelchen umzuhängen sucht, indem sie der ungleichen Firma den Namen „Volkswort“ gibt. Demgegenüber sei daran erinnert, wie der deutsch-nationale Abgeordnete von der Oden am Donnerstag im Preussischen Landtage das Verhältnis zwischen den beiden Parteien kennzeichnete:

„Diese Koalition muß nach meinem Gefühl als eine Koalition zwischen Feuer und Wasser bezeichnet werden. Es ist Pflicht meiner politischen Freunde, darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Bündnis der auf christlicher und ständlicher Grundlage ruhenden Partei des Zentrums mit der linksradikalischen Sozialdemokratie in den letzten Jahren den preussischen und den deutschen Staat immer tiefer in soziale und politische Wirren hineingeführt hat.“

Die ganzen Verhältnisse sind dazu angetan, auch den einfachsten Wähler davon zu überzeugen, wie sehr die innerdeutsche Politik von einer gründlichen Vereinigung der Lage in Preußen abhängt. Die preussischen Neuwahlen, deren Zusammenfallen mit dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl als sicher angenommen werden darf, sind daher von nicht minderer Bedeutung wie die Reichspräsidentenwahl selbst und erfordern von den Rechtsparteien des führenden Bundesstaates das denkbar höchste Ansehen an nationaler Energie, Verantwortungsbewußtsein und wahlpolitischer Klugheit. Am 20. April geht Deutschland Entscheidungen entgegen, deren Tragweite unabsehbar ist. Dieses Bewußtsein muß das ganze Denken und Handeln der Rechtsparteien bestimmen. Dann werden die Gegner nicht triumphieren. Schon jetzt schreibt die Deutsch-nationale Korrespondenz mit Recht: „Man weiß wohl doch nicht, ob es ganz siegesgewiß klingen wird, wenn die beiden Reichspräsidentenkandidaten Marx und Braun zueinander sprechen werden: Arm in Arm mit dir fordere ich das ganze christliche, nationale und soziale Deutschland in die Schranken!“ Die augenblickliche Fauscherei klingt nicht besänftigend, sondern sehr gedämpft, und die Rechtsparteien werden dafür zu sorgen haben, daß daraus eine regelrechte Schamade werden muß.

#### Die koloniale Frage in der praktischen Politik.

Das französische „Journal“ verzeichnet kürzlich das von einem „lügen Franzosen“ geprägte Wort: „Je weniger Deutsche es in Deutschland gibt, um so sicherer ist Frankreich!“ Diesen Ausdruck bringt das Blatt in Verbindung mit der „sicherlich nicht schwachköpfigen“ Politik Bismarcks, der es nach 1870 nicht nur gern gesehen, sondern tatkräftig unterstützt habe, daß die Franzosen auf koloniale Abenteuer ausgingen, um sie von den Vögeln abzulenkten, und es knüpft daran die Bemerkung, daß es nicht nur ein Fehler der Alliierten gewesen sei, in Versailles das koloniale Recht zu schließen, sondern daß, wenn solche Kolonien nicht vorhanden gewesen wären, man sie geradezu hätte erfinden müssen. „Auf jeden Fall“, so schreibt das Blatt, „müssen wir versuchen, die Spannung des deutschen Reflex nach Möglichkeit zu vermindern; denn — vergessen wir es nicht — dieser Reflex ist etwas bräutlich.“ Diese Ausführungen sind für uns um so lehrreicher, als sie durchaus nicht vereinzelte in der französischen Presse zu finden sind. Daß sie praktisch besonders wertvoll sind, wird man natürlich nicht annehmen. Sie sind vielmehr heute noch im wesentlichen nur ein Teil jenes reizvollen Spiels in der Ententepresse, das, wie z. B. das englische Eintreten für eine Revision der deutschen Ostgrenzen, irgendwelche Nutzenwendung aus der Erkenntnis realer deutscher Lebensnotwendigkeiten immer nur so weit erkennen läßt, als sie auf Kosten der Interessen des andern Partners geht. Immerhin lassen doch aber die zunehmenden französischen Pressestimmen wie auch die Tatsache, daß in London das Gerücht von deutsch-englischen Kolonialbesprechungen überhaupt auftauchen konnte, erkennen, daß der internationale diplomatische Boden für die Aufnahme einer praktischen deutschen Kolonialpolitik durchaus nicht so unbarbarisch ist, wie man bei uns gemeinhin anzunehmen pflegt.

Das aber ist nicht zuletzt ein Verdienst der erfrischend angewachsenen deutschen kolonialen Bewegung, die soeben mit ihrer Berliner Kolonialausstellung und Kolonialwoche als einer Veranstaltung großen Stils so kurze Zeit nach dem imposanten kolonialen Kongress im September v. J. ein bereites Zeugnis für die Kraft des kolonialen Gedankens abgelegt hat. Gewaltiges ist von den mutigen Vorkämpfern einer in den Jahren des Zusammenbruchs und der furchtbarsten Bedrückungspolitik der Entente verhängnisvoll ausbleibenden Idee geleistet worden. Galt es doch, nicht nur den Kampf aufzunehmen gegen die Allmacht der feindlichen Propaganda von der deutschen Kolonialunwürdigkeit, die in einem weltgeschichtlichen Dokument wie dem Völkerbundspakt ihren offiziellen Niederschlag gefunden hat, sondern die noch schwierigeren Aufrüttelung eines sich in nackten Existenzsorgen verzehrenden, ermüdeten und geknechteten Volkes und die Einflussnahme auf eine politische Führung, deren Hauptstreben es war, bei den Gegnern nicht anzuklopfen und die politische „Atmosphäre“ durch deutsche Forderungen nicht zu trüben. Heute steht die koloniale Bewegung mächtig da. Sie hat mit ungeahntem Erfolge eine Idee im deutschen Volke verankert, deren Durchsetzung eine Voraussetzung für die Reparationen durch Schaffung von Absatzmärkten, für den notwendigen Abfluß überschüssiger deutscher Volkskräfte und für die Gesundung unserer Handelsbilanz durch eigene Rohstoffquellen ist. Und das hat sie erreicht, indem sie gleichzeitig der Entente die Augenmaste vom Gesicht riß und den Vorwand der deutschen Unfähigkeit zur Ver-